

Medienkonferenz vom 12. Januar 2006

Der Public Eye Award hat Shell nicht kalt gelassen

Referat von Sonja Ribl, Projektleiterin Politik und Internationales

Vergangenes Jahr schaffte es die Royal Dutch / Shell Group (kurz Shell) ganz oben aufs Podest in Davos. Shell erhielt den Public Eye Award 2005 für unverantwortliches Konzernverhalten in der Kategorie Umwelt. Daraufhin ist der Konzern in Nigeria auch vor Gericht unter Druck gekommen: Im November 2005 hat der "Federal High Court" die offene Gasverbrennung im Gebiet der Iwherekan für verfassungswidrig erklärt und verboten.

Flammeninferno im Nigerdelta

Das bei der Erdölförderung anfallende Gas wird in Nigeria bis heute in den allermeisten Fällen nicht, wie andersorts üblich, kommerziell genutzt oder in das Bohrloch zurückgepumpt, sondern offen abgefackelt. Die lokale Bevölkerung und die Umwelt bezahlen dafür einen hohen Preis. Die jahrelange offene Gasverbrennung macht die Menschen vor Ort krank und setzt riesige Mengen des für den Klimawandel mitverantwortlichen CO₂ frei. Dem nigerianischen Staat entgehen dadurch jährlich 2,5 Milliarden Dollar an möglichen Einnahmen aus dem Verkauf des Energieträgers. Das ist viel Geld für ein Land, in dem zwei Drittel der Bevölkerung mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss.

Niemand erwartete, dass Shell sein Geschäftsgebaren in Nigeria nach Erhalt des Public Eye Awards gleich ändern würde. Doch der Schmähpriis und die damit verbundenen Negativschlagzeilen haben den Druck auf den Konzern merklich erhöht und bereits laufende Kampagnen gegen Shell haben dadurch zusätzlichen Schwung erhalten.

Alternativer Geschäftsbericht

An den Aktionärsversammlungen von Shell, am 28. Juni 2005 zeitgleich in London und Den Haag, machte eine Gruppe von Betroffenen aus fünf Kontinenten auf die anhaltenden Missstände in Shells Fördergebieten aufmerksam. Auf der Grundlage des alternativen Geschäftsberichts „Lessons Not Learned. The Other Shell Report 2004“ wurden die Aktionäre mit Fakten konfrontiert, die im offiziellen Jahresbericht so keine Erwähnung fanden. Im Nigerdelta zum Beispiel haben sich 2004 verschiedene Ölverschmutzungen wegen Lecks in Shell Pipelines ereignet.

„To do list“ für Shell

Der öffentliche Druck veranlasste die Shell-Konzernspitze jüngst, in ein Treffen mit kritischen Stakeholdern einzuwilligen. Am 8. Dezember 2005 brachte eine Delegation Betroffener beim CEO Jeroen Van de Veer ihre Anliegen vor. Dieser erklärte sich anlässlich des Treffens zwar bereit, seine Kommunikation zu verbessern und die Luftqualität im Umfeld der Raffinerien überprüfen zu lassen. Weitere Forderungen fanden jedoch kein Gehör bei Van de Veer: So lehnte er eine systematische Zusammenarbeit mit betroffenen Gemeinschaften in Umweltfragen ab. Auch von einem konkreten Zeitplan für die Aufrüstung veralteter Shell-Installationen in Entwicklungsländern wollte er nichts wissen. Den Vorwurf, es herrschten Doppelstandards zwischen Förderanlagen in Entwicklungsländern und Industriestaaten, liess Van de Veer entsprechend auch nicht gelten.

Verfassungswidrige Gasverbrennung

Im Juni 2005 reichten verschiedene lokale Gemeinschaften, unterstützt von Friends of the Earth Nigeria, Klagen gegen die Shell Petroleum Development Company of Nigeria Ltd, die Nigerian National Petroleum Corporation sowie alle grossen Ölmultis und die nigerianische Regierung ein. Ziel der Anzeigen: Den menschenverachtenden Zuständen im Nigerdelta per Gerichtsentscheid ein Ende zu setzen. Am 14. November hat der nigerianische „Federal High Court“ in einem historischen Urteil die offene Gasverbrennung im Gebiet der Iwherekkan für verfassungswidrig erklärt. Die Unternehmen wurden aufgefordert, diese für Mensch und Umwelt schädliche Praxis zu stoppen. Da Shell seit dem Gerichtsentscheid keine konkreten Schritte in diese Richtung unternommen hat, haben die Kläger am 16. Dezember 2005 ein Verfahren wegen Missachtung des Urteils eingereicht.

Hätte sich Shell an die geltenden Gesetze in Nigeria gehalten, wäre das Unternehmen weder an den Public Eye Awards in die Schlagzeilen geraten, noch vom nigerianischen „Federal High Court“ verurteilt worden. Das offene Verbrennen von Gas ist in Nigeria nämlich schon seit 1984 verboten. Es ist ein Skandal, dass transnationale Konzerne nationale Gesetzgebungen einfach ignorieren und sich korrupte und autoritäre Machtverhältnisse schamlos zu Nutzen machen.

Verbindliche Regeln für Konzerne tun Not

Internationale und rechtlich bindende Regeln für Konzerne würden dazu beitragen, dass diese selbst dann ihrer Verantwortung nachkommen müssten, wenn Mensch und Umwelt auf nationaler Ebene ungenügend geschützt sind. Unternehmen würden so verpflichtet, weltweit die gleichen Standards anzuwenden. Auch das unmoralische Spiel, Regierungen gegeneinander auszuspielen, mit dem Ziel Sozial- und Umweltstandards zu senken oder Steuervergünstigungen zu erwirken, fände dann endlich ein Ende.

Freiwillige Verhaltensregeln, wie beispielsweise der Global Compact der UNO, genügen bei weitem nicht. Ihnen fehlen sowohl Umsetzungsvorschriften als auch Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen. Die Einhaltung liegt in der Hand der Konzerne, deren Engagement sich allzu häufig auf Lippenbekenntnisse oder grossangelegte PR-Kampagnen beschränkt. Letztere mit dem alleinigen Zweck, sich ein sozial- und umweltbewusstes Image zu verschaffen. Genau das macht auch Shell, wie das Beispiel Nigeria zeigt. Bis jetzt ist es dem Ölmulti gelungen, sein Versprechen, der Einstellung offener Gasverbrennung immer wieder

hinauszuschieben. Der Zeitpunkt dafür wurde erst von 2000 auf 2004 und dann auf 2008 verschoben. Im Mai 2005 wich der Konzern abermals von seiner Zusage ab und setzte die Frist für die Beendigung der offenen Gasverbrennung auf 2009. Mit seinem historischen Urteil hat der nigerianische «Federal High Court» am 14. November 2005 nun einen Meilenstein gesetzt, der Shell und Konsorten den Weg in eine verantwortungsvollere Zukunft weist.

Denn Shell ist kein Einzelfall. Das zeigen die zahlreichen Nominierungen für die Public Eye Awards 2006, die bei Pro Natura und der Erklärung von Bern, den Organisatoren dieses Events, wiederum eingegangen sind. Texaco (heute Chevron Corp.) zum Beispiel verschmutzte während beinahe 30 Jahren grosse Amazonasgebiete unberührten Regenwaldes im Norden Ecuadors. Die Altlasten der Basler-Chemie ruhen zwar in Chemiemülldeponien in Bonfol oder im nahen Elsass, bewegen dafür aber umso mehr die Gemüter. Umso eindringlicher fordert Pro Natura, dass transnationale Konzerne verbindlichen internationalen Regeln unterworfen werden, die sie juristisch verantwortlich, rechenschaftspflichtig und vor allem auch haftbar machen.

Sonja Ribí
Projektleiterin Politik und Internationales
Pro Natura
Postfach, CH-4018 Basel
Tel. +41 61 317 92 42
Mobile +41 79 216 02 06
sonja.ribi@pronatura.ch
www.pronatura.ch

Basel, im Januar 2006

Weiterführende Informationen:

- „Lessons Not Learned. The Other Shell Report 2004“, siehe:
http://www.foe.co.uk/resource/reports/lessons_not_learned.pdf
- „Gas flaring in Nigeria: a human rights, environmental and economic monstrosity“, Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria und The Climate Justice Programme, Juni 2005, siehe:
http://www.foe.co.uk/resource/reports/gas_flaring_nigeria.pdf
- “The Shell Report: Continuing Abuses-10 Years After Ken Saro-Wiwa”, Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria, November 2005, siehe:
<http://www.eraction.org>
- Frei verfügbare Bilder zur offenen Gasverbrennung im Nigerdelta:
<http://www.idspicturedesk.com/picturedesk/I?k=icn85ZN347-49423&u=aGO>
<http://www.idspicturedesk.com/picturedesk/I?k=Om4Noo55XK-66585&u=yFf>